

Meine Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

mehr Innovation und Investition: Das ist das Ziel des **Nachtragshaushalts 2019 /2020**, dessen Grundzüge wir FREIE WÄHLER Anfang der Woche gemeinsam mit unserem Koalitionspartner CSU im Bayerischen Landtag vorgestellt haben. In konjunkturell schwieriger werdenden Zeiten gilt es, kraftvoll in die Zukunft zu investieren.



Zentral ist für uns die Stärkung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorts Bayern. Allein für die Wissenschaftsförderung haben wir Fraktionsanträge über zusätzliche 13 Millionen Euro gestellt, die Landwirtschaft wird mit weiteren 7,8 Millionen Euro gefördert. So werden wir den Freistaat noch zukunftsfester machen. Auch das Kernziel der FREIEN WÄHLER – die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern – kommt mit den gemeinsamen Initiativen deutlich voran. Wir fördern zahlreiche Leuchtturmprojekte aus den Regionen mit überregionaler Bedeutung. Kunst und Kultur werden darin deutlich gestärkt – etwa die Oberammergauer Jugendtage im Rahmen der nur alle zehn Jahre stattfindenden Passionsspiele. Und auch Bayerns Wirtschaft wird gestärkt, denn in vielen Bereichen sind wir weltweit führend. Wir sind geradezu dafür prädestiniert, einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung globaler Herausforderungen zu leisten – durch Entwicklung und Innovation. Das Haus von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger wird diesen Prozess mit gezielter Projektförderung noch weiter anschieben.

Beschäftigt haben wir uns diese Woche außerdem mit folgenden Themen:

- FREIE WÄHLER helfen finanziell klammem Bayerischen Jugendring
- Teilumzug des Bayerischen Bauministeriums nach Augsburg
- Umstrittener Sektensender „Klagemauer.tv“ soll beobachtet werden
- Aktionsprogramm „Insektenschutz“ der Bundesregierung landwirtschaftsvertraglich umsetzen
- Impfbereitschaft in Bayern weiter verbessern

R ü c k b l i c k

Nochmal zum lieben Geld: Jugendpolitik bleibt ein wichtiges Anliegen der FREIEN WÄHLER. Deshalb greifen wir dem finanziell klammen Bayerischen Jugendring – von früheren Staatsregierungen stets vernachlässigt – unter die Arme. Wir werden **das akute Finanzloch des BJR in Höhe von 1,5 Millionen Euro mit einem Zuschuss aus dem Nachtragshaushalt zusätzlich zu den bereits im Entwurf der Staatsregierung eingeplanten Mitteln vollständig füllen**. So kann diese wichtige Jugendorganisation ohne finanzielle Sorgen die wichtige Projektarbeit der vergangenen Jahre auf hohem Niveau fortsetzen. Denn gerade in der heutigen Zeit engagiert sich die Jugend wieder stärker in Politik und gesellschaftlichem Leben. Nun ist der Haushalt des BJR für das laufende Haushaltsjahr praktisch ausgeglichen. Im kommenden Doppelhaushalt wollen wir auf eine grundsätzliche Steigerung der Mittel für die Jugendarbeit hinwirken: 2021 darf es keine weitere Nullrunde für den Bayerischen Jugendring geben – darauf werden wir FREIE WÄHLER achten.

Letzten Donnerstag hat Ministerpräsident Dr. Markus Söder dem Plenum des Bayerischen Landtags vorgeschlagen, **Teile des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr in die schwäbische Bezirkshauptstadt Augsburg zu verlagern**. Wir FREIE WÄHLER freuen uns sehr, dass der Ministerpräsident unseren diesbezüglichen Vorschlag aufgegriffen hat. Die Teilverlagerung des Verkehrsministeriums in die schwäbische Bezirkshauptstadt stellt ein klares Bekenntnis der Staatsregierung zur neuen Rolle Augsburgs als dritter Metropolregion in Bayern dar – auf Augenhöhe mit München und Nürnberg. In München selbstbewusst für diese aufstrebende Region zu werben, hat sich vollumfänglich ausgezahlt. Denn die traditionsreiche Fuggerstadt Augsburg wird auf diese Weise zu einem bayerischen Regierungssitz. Das ist eine Aufwertung von hoher Symbolkraft und ein Privileg, auf dessen Erreichen die Region sehr stolz sein kann. Und es ist ein weiterer Beleg für die gute Zusammenarbeit unserer Bayernkoalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU. Sie ist längst zur Blaupause für erfolgreiche bürgerliche Landesregierungen in Deutschland geworden.

Alarmiert haben uns andere Nachrichten aus Schwaben: Dort gibt es einen Onlinesender namens „Klagemauer.tv“, der Unglaubliches in den Äther bläst: Im Programm ist von Chaos, Bürgerkrieg und ‚Diktatur der Hölle‘ die

Rede – für uns ein klarer Fall: Wenn religiöse Gruppierungen verfassungsfeindliche Beiträge für einen Fernsehsender produzieren, hört unser Verständnis auf. So auch im Falle des Schweizer Senders, über den das Politikmagazin „Kontrovers“ des Bayerischen Rundfunks jüngst berichtete. Alles in der ‚Mainstreampresse‘ sei gelogen, die wahren Informationen gebe es dort nicht – so die Behauptung der Macher von „Klagemauer.tv“, deren Berichterstattungs-‚Quellen‘ sich oftmals aus dem rechtspopulistischen Raum speisen. Produziert wird der Onlinesender im schwäbischen Mertingen. Deshalb sind wir alarmiert und wollen die **Schweizer Sekte „Organische Christus Generation“ (OCG) um den Guru Ivo Sasek, der hinter „Klagemauer.tv“ steckt, genauer unter die Lupe nehmen**. Einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag haben wir zur jüngsten Plenarsitzung in den Bayerischen Landtag eingebracht – aus ihm gehen weitere haarsträubende Details hervor. Auf „Klagemauer.tv“ ruft die Sekte dazu auf, Informationen über Politikerinnen und Politiker zu sammeln und anhand dieser Daten eine Kategorisierung der betroffenen Personen vorzunehmen. Ein Unding, das unserem Rechtsstaat nicht egal sein kann. Die BR-Redakteure hatten unter anderem herausgefunden, dass „Klagemauer.tv“ Unterscheidungen nach „Rassenzugehörigkeit“ oder sexueller Orientierung vornimmt. Angesichts der BR-Recherchen werden wir eine vertiefte Beobachtung der Sekte anstoßen. Es darf zu keinen Eingriffen in die Rechte von politischen Mandatsträgern oder Journalisten kommen, die „Klagemauer.tv“ besonders auf dem Kieker zu haben scheint. Gerade in Zeiten einer zunehmenden Radikalisierung müssen wir die Aufgabe des Schutzes unserer Verfassung besonders ernst nehmen.

Die Proteste unserer Bäuerinnen und Bauern gegen die praxisferne Düngeverordnung sind noch nicht verklungen, da hat die Bundesregierung bereits die nächste Zoff-Garantie in Vorbereitung - das Aktionsprogramm Insektenschutz. Klar unterstützen auch wir FREIE WÄHLER den Naturschutz - aber doch nicht so! Es ist das falsche Signal zur falschen Zeit. Bayerns Bauern setzen Pflanzenschutzmittel ziel- und bedarfsgerecht nach bester fachlicher Praxis ein; so wenig wie möglich und so viel wie nötig. Das Aktionsprogramm der Bundesregierung darf nicht dazu führen, dass landwirtschaftliche Betriebe noch stärker in ihrer Existenz gefährdet werden, als dies ohnehin bereits der Fall ist. Gerade FFH-Gebiete und Biotope leben davon, dass sie von Bauern bewirtschaftet werden, erst dadurch entfalten sie ihren wertvollen Beitrag zur Artenvielfalt. Doch das nun verkündete Aktionsprogramm lässt eine Bewirtschaftung von Flächen, die in Naturschutzgebiete, Nationalparks, nationale Naturmonumente, Naturdenkmäler oder FFH-Ge-

bierte fallen, nur noch beschränkt zu – weil der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln verboten wird. Vor diesem Hintergrund haben wir FREIE WÄHLER die Staatsregierung in einem Dringlichkeitsantrag aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass ein **bedarfsgerechter Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auch im Rahmen des Aktionsprogramms Insektenschutz möglich bleibt**. Wir wollen, dass anstehende Veränderungen der Landnutzung gemeinsam mit den Landwirten erarbeitet werden – nicht aber über ihren Kopf hinweg.

Impfen ist die beste Prävention vor Infektionskrankheiten - etwa bei Masern. Immer mehr Einschulungskinder in Bayern werden gegen diese Krankheit immunisiert, die Impfquote im Freistaat liegt bei weit über 90 Prozent. Doch um die sogenannte **Herdenimmunität zu erreichen, ist eine Quote von 95 Prozent bei der zweiten Masern-Impfung nötig**. Das wollen wir FREIE WÄHLER mit gezielten Informationskampagnen erreichen – und haben einen entsprechenden Antrag in den Bayerischen Landtag eingebracht. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner fordern wir die Staatsregierung darin auf, über Maßnahmen zu berichten, die sie in den vergangenen Jahren ergriffen hat, um die Impfquote zu verbessern. Insbesondere soll aufgezeigt werden, welche öffentlichkeitswirksamen Kampagnen geplant sind – etwa in Zusammenarbeit mit den Haus- und Kinderärzten sowie den Krankenkassen. Ergänzend soll das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege eine fundierte Information zum Thema herausgeben und auch auf die Impfung von Erwachsenen ausrichten. Denn gerade bei ihnen stellen wir oft deutlich niedrigere Impfquoten fest als bei Kindern. Weiteres Augenmerk wollen wir auf die Gruppe der Betreuer in Kindertageseinrichtungen und medizinisches Personal legen. Darüber hinaus appellieren wir an die Staatsregierung, sich auf Bundesebene und bei den Selbstverwaltungspartnern dafür einzusetzen, dass die **ärztliche Impfberatung weiter verbessert und angemessen vergütet wird**. Es muss auch ausreichend Zeit für eine individuelle Beratung der Patientinnen und Patienten zur Verfügung stehen. Die FREIEN WÄHLER fordern außerdem den digitalen Impfausweis auf Bundesebene: So kann sich jeder Patient noch besser selbst um seine Gesundheit kümmern und sich an wichtige Impfungen erinnern lassen – ganz einfach via App auf dem Smartphone.

Impressum

Abgeordnetenbüro Anna Stolz
Alte Bahnhofstraße 4
97753 Karlstadt
E-Mail: buero@mdl-annastolz.de